

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Park 2.

Inserate für die obere gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnigungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Das Bevölkerungsproblem.

Das Bevölkerungsproblem ist für das Staatswesen von der größten Bedeutung. Die Massenernte, die der Tod auf den Schlachtfeldern hält, regt zu ersten Betrachtungen an. Es ist bekannt, daß in Frankreich schon seit langem die Bevölkerungszahl zurückgeht. Das ist eine Folge der Beschränkung der Kinderzahl. Die Zweikinderehe ist in Frankreich eine typische Erscheinung. In Deutschland ist ein Rückgang der Bevölkerung noch nicht eingetreten, das ist aber lediglich dem Umstand zu danken, daß es gelungen ist, die Sterblichkeit einzudämmen. Während in dem Jahrzehnt von 1851 bis 1860 in dem Gebiet des heutigen Deutschen Reiches auf 1000 Einwohner jährlich 27,8 Gestorbene kamen, in dem Jahrzehnt von 1871 bis 1880 sogar 28,8, ist die Sterblichkeitsziffer in der Jahrzehnt von 1901 bis 1910 auf 19,7 zurückgegangen, und in den folgenden Jahren hat sie sich noch günstiger gestaltet. Auf je 1000 Einwohner kamen im Jahre 1911 18,2, 1912 16,4 und 1913 nur 15,8 Sterbefälle, je einschließlich der Totgeburt.

Dieses Zurückdrängen der Sterblichkeitsziffer ist ein Erfolg der Verbesserung unserer hygienischen Einrichtungen, die in engem Zusammenhang mit den kulturellen Fortschritten steht, welche in hohem Maße dem Wirken der Gewerkschaften zu danken sind. Unser Wirken für kurze Arbeitszeit und hohe Löhne, für Verbesserung der Betriebseinrichtungen usw. kommt somit auch in der Herabdrückung der Sterblichkeitsziffer der Volkswirtschaft zu Gute. Die Gewerkschaften erziehen die Arbeiter dazu, höhere Ansprüche an das Leben zu stellen, der Erfolg dieses Wirkens äußert sich in der Hebung des Kulturniveaus unseres Volkes. Der höhere Kulturstand hat aber für die Bevölkerungspolitik seine Schattenseiten, er führt zur Verringerung der Geburtenziffer.

Die willkürliche Geburtenbeschränkung war früher ein Vorrecht der bestehenden Klassen. Zum Teil war es die Bequemlichkeit und Genußsucht der wohlhabenden Frauen, die sie dazu führte, die Geburtenzahl einzuschränken. Sie scheuten die Unbequemlichkeiten der Schwangerschaft und der Kindererziehung. Mehr fallen aber die sozialen Momente ins Gewicht. Die Erziehung und Ausbildung des Nachwuchses, die Ausstattung der Töchter erfordert, wenn sie „standesgemäß“ erfolgen soll, erhebliche Summen. Sind solche Aufwendungen für eine größere Kinderzahl zu machen, dann können sie die soziale Position des Vaters ins Wanken bringen. Deshalb beschränkt man sich auf ein oder zwei Kinder, denen man die für erforderlich gehaltenen Erziehung und Ausbildung zuteil werden lassen kann.

In dem Maße, wie sich seine Wirtschaftslage hebt, beginnt auch der Arbeiter über diese Probleme nachzudenken. Die Folge davon ist, daß die willkürliche Kinderbeschränkung in weiteren Kreisen Anhänger findet. Und so finden wir seit dem Jahre 1876, wo die Höchstzahl von 40,9 Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner kam, ein fortgesetztes Fallen der Geburtenziffer. Im Jahrzehnt 1871 bis 1880 kamen auf 1000 Einwohner im Durchschnitt jährlich 39,1 Lebendgeburt, im Jahrzehnt 1881 bis 1890 36,8, das folgende Jahrzehnt brachte einen Rückgang auf 36,1, und im Jahrzehnt 1901 bis 1910 ging die Geburtenhäufigkeit auf 32,9 zurück. In den folgenden Jahren wurde der Rückgang immer stärker. Auf 1000 Einwohner kamen 1911 28,6 Lebendgeburt, 1912 28,3, 1913 27,5 und 1914 26,8. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, der Absprung wird aber viel größer sein, weil ja der Krieg an sich zu einer Verminderung der Geburten führt.

Noch weist die Statistik einen Uberschuß der Geburten gegenüber den Sterbefällen auf. Es ist aber nicht schwer, den Zeitpunkt voranzusagen, an dem sich das Verhältnis ändern wird, sofern keine wirksamen Mittel ergriffen werden, um die Geburtenziffer zu heben. Das Bevölkerungsproblem hat die Parlamente schon öfters beschäftigt, und der unheilvolle Einfluß des Krieges zwingt dazu, dieser Frage eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bei näherem Zusehen findet man, daß diese Frage ebenso schwierig wie vielseitig ist. Zu ihr gehört z. B. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wie die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. Dazu kommt die Rechtsstellung und die Fürsorge für uneheliche Kinder. Für eine vernünftige Bevölkerungspolitik darf es nicht nur darauf ankommen, daß viele Kinder in die Welt gesetzt werden, der Kampf muß sich auch gegen die Kindersterblichkeit richten. Hierher gehört deshalb auch die Wohnungsfrage; und da die Wohnungsfrage für die breiten Massen im wesentlichen eine Geldfrage ist, kann das Bevölkerungsproblem nicht gelöst werden ohne Erörterung der Lohnfrage. Dabei gibt es Leute, die sich von einem Verbot empfangnisverhütender Mittel großen Erfolg für die Steigerung der Geburtenzahl versprechen. Manche vermengen diese Forderung mit sogenannten Sittlichkeitsbestrebungen, wodurch diese an sich nicht sonderlich sympathische Forderung nicht gerade an Wert gewinnt.

Um die Volksvermehrung zu fördern, muß unseres Erachtens ganz besonderer Wert darauf gelegt werden, die Eltern materiell so zu stellen, daß sie ohne schwere Entbehrungen ihre Kinder aufzuziehen können. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die armeren mit dem

Bevölkerungsproblem im Zusammenhang stehenden Fragen gleichgültig oder minder wichtig wären. Aber wenn man davon ausgeht, daß der Geburtenrückgang hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die Eltern sich scheuen, Kinder in die Welt zu setzen, weil ihnen deren Erziehung unerträgliche Lasten aufbürdet, dann begreift man die Wichtigkeit dieses Moments.

In der Steuergesetzgebung wohl der meisten Bundesstaaten ist dieses Moment berücksichtigt, oder richtiger gesagt, es sind Ansätze für seine Berücksichtigung vorhanden, die aber so schwach sind, daß sie eine merkliche Wirkung gar nicht äußern können. Wenn Verheiratete mit einer größeren Kinderzahl mit der Einkommensteuer um eine oder mehrere Steuerstufen zurückgestellt werden, so ist der Vorteil, den sie aus dieser Steuerermäßigung genießen, so geringfügig, daß er gegenüber den Kosten für den Unterhalt der Kinder gar nicht in Betracht kommt. Ganz ausgeschlossen ist es, daß dieser Steuernachlaß zur Förderung der Geburtenzahl beitragen könnte.

Einen recht radikal klingenden Vorschlag, die Familie für die Gelasten zu entschädigen, welche die Kindererziehung erfordert, macht der Staatsanwalt Zeiler in einem kürzlich erschienenen Buch. Sein Plan geht, kurz zusammengefaßt, dahin, daß den Familien Beihilfen gewährt werden, die mit der Kinderzahl steigen. Die Höhe dieser Beihilfen richtet sich nach der Höhe des Einkommens, so daß Familien mit hohem Einkommen absolut bedeutend mehr erhalten als Minderbemittelte. Besondere Zuschüsse werden gewährt als Beihilfen zum Lehrgeld, für den Besuch auswärtiger höherer Schulen und Universitäten, für die Ableistung des Einjährigfreiwilligendienstes. Ist die Ausbildung vollendet, dann wird die Beihilfe weiter gewährt bis zur Erlangung eines Berufs Einkommens, und schließlich erhalten die Mädchen bei der Verheiratung eine Ausstattungsbeihilfe.

Zeiler macht auch gleich Vorschläge für die Höhe der Beihilfen. Ein kinderloses Ehepaar soll jährlich 150 Tausendstel des Einkommens erhalten. Bei der Geburt eines Kindes werden 30 Tausendstel als Beihilfe gewährt, aber mindestens 60 Mk. und höchstens 300 Mk. Die jährliche Beihilfe für ein Kind im ersten Lebensjahr beträgt 30 Tausendstel des Einkommens, aber mindestens 50 Mk., höchstens 250 Mk. Sie steigt allmählich auf 40 Tausendstel oder 100 bis 500 Mk. im 14. Lebensjahr. In dieser Höhe wird sie weitergezahlt, bis das Kind einen Erwerb hat. Die einmalige Zulage zum Lehrgeld beträgt 60 Tausendstel oder 150 bis 400 Mk. Beim Besuch einer auswärtigen Mittelschule beträgt die Beihilfe im 10. Lebensjahre 80 Tausendstel oder 300 bis 900 Mk. Sie steigt bis zum 20. Lebensjahr auf 120 Tausendstel oder 500 bis 1500 Mk. Auf der Hochschule werden jährlich 150 Tausendstel oder 600 bis 2400 Mk. gewährt. Für die Einjährigfreiwilligenzeit 200 Tausendstel oder 1000 bis 3000 Mk. Die Beihilfe bei der Verheiratung einer Tochter soll 500 Tausendstel des Einkommens oder 400 bis 10 000 Mk. betragen. Alle diese Zulagen sollen für jedes Kind in voller Höhe gewährt werden.

Die Kosten dieser Zuschläge sollen durch eine Landessteuer aufgebracht werden. Nach einer Berechnung, die Zeiler angestellt hat, wären 24 Prozent des Einkommens erforderlich, wobei der 200fache Betrag des ortsüblichen Tagelohns als Existenzminimum außer Betracht bleiben würde. Als Wirkung würde sich ergeben, daß unverheiratete Personen eine hohe Deckungsabgabe ohne Gegenleistung zahlen müßten; das ihnen verbleibende Einkommen würde sich also erheblich vermindern. In manchen Familien würden sich Deckungsabgabe und Familienbeihilfe gegenseitig aufheben, dagegen würden Kinderreiche Familien beträchtlich mehr erhalten, als sie zahlen. Das ist aber auch der Zweck des Planes. Die Familien sollen für die Geldopfer, die sie für die Erziehung der Kinder bringen, von der Gesamtheit entschädigt werden.

Der Verfasser hat seinen Berechnungen die Steuerlisten einer kleinen Stadt zugrunde gelegt und diese gründlich durchgearbeitet. Auf Grund der der Wirklichkeit entnommenen Verhältnisse ist er von der Durchführbarkeit seines Planes überzeugt. Er hat ihn ins einzelne gehend ausgearbeitet, eingehend begründet und mit Zahlen belegt. Der Weg, den Zeiler weist, verdient Beachtung. Im einzelnen werden mancherlei Einwendungen zu machen sein. So ist es, um nur eins zu erwähnen, nicht sehr einleuchtend, daß von jeder Progression der Deckungsbeiträge und der Beihilfen abgesehen wird. Bei solch grundlegenden Änderungen, wie er sie vorschlägt, wird man nicht davor zurückschrecken dürfen, die höheren Einkommen stärker zu belasten und ihnen kleinere Beihilfen zu gewähren als den Familien mit geringerem Einkommen.

Aber wir wollen den Plan nicht im einzelnen kritisieren. Wertvoll ist er insbesondere deshalb, weil er einen Weg zeigt, auf dem zwar nicht das Bevölkerungsproblem gelöst, aber doch ein Hindernis aus dem Wege geräumt werden kann, das dem als wünschenswert erachteten Bevölkerungszuwachs im Wege steht. Wir haben oben angedeutet, daß das Bevölkerungsproblem in seiner Gesamtheit eine große wirtschaftliche Zulagen für jeden Haushalt. Plan und Begründung einer Beihilfenordnung. Von A. Zeiler, 1. Staatsanwalt in Zweibrücken. Verlag von J. F. v. Stungart. Preis 1,50 Mk.

Zahl zum Teil sehr schwieriger Einzelfragen umfaßt, die mehr oder weniger stark ineinandergreifen. Das Ganze ist ein Teil der Arbeiterfrage und letzten Endes kommen alle Bemühungen auf diesem Gebiet darauf hinaus, die Zahl der schaffenden Hände zu vermehren. Es kann deshalb nur als nützlich betrachtet werden, wenn die Arbeiter auch diesen Dingen gegenüber sich nicht damit begnügen, lediglich Objekte der Gesetzgebung zu sein, sondern dem Bevölkerungsproblem größeres Interesse entgegenbringen.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Februar.

Im Monat Februar zeigt sich keinerlei wesentliche Verschiebung des Bildes, welches das deutsche Wirtschaftsleben seit Monaten bietet. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres ist verhältnismäßig noch eine weitere Steigerung der Beschäftigung festzustellen. Das ist das zusammenfassende Urteil des „Reichs-Arbeitsblattes“ über die Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes. Die Berichte der Unternehmer aus den einzelnen Industriezweigen bestätigen dieses Gesamturteil. Aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe bringt das „Reichs-Arbeitsblatt“ die folgenden Berichte:

Die Säge- und Hobelwerke wie die Ristenfabriken hatten im Februar ebensoviele wie im Januar dieses Jahres und wie im Februar des Vorjahres zu tun. Die Möbelfabrikation berichtete im allgemeinen gleichfalls über keine Veränderung; doch ist die Lage verhältnismäßig besser als im Vorjahr um die gleiche Zeit. Nur einer der Berichte stellt fest, daß sowohl dem Vormonat als auch dem Vorjahr gegenüber eine Abschwächung eingetreten ist (der Berichterstatter führt aber an, daß Ueberstundenarbeit notwendig war. Die Rolladen- und Schattendeckfabriken hatten im Februar in Folge des starken Frostwetters zwar eine etwas geringere Zahl von Bestellungen als im Monat zuvor zu erledigen, doch war der Geschäftsgang besser als im Februar des Vorjahres. Der Bedarf an Holzpflasterung war im Berichtsmonat geringer als im Vormonat und im Februar 1916. Die Rohwareindustrie hatte befriedigend zu tun. Im Vergleich zum Vorjahr war die Lage etwas besser. Zum Teil ist auch die Nachfrage nach Rohwaren und Rohmöbeln besser als im Januar ausgefallen. Vereinzelt wird allerdings angeführt, daß der Umsatz im Februar 1916 größer als im Berichtsmonat war. Die Schirmfabriken waren teils ebenso rege wie im Vormonat, teils schwächer als im Januar und im Februar 1916 beschäftigt.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Februar 152 Betriebe erfaßt. Eine Pianofortefabrik, die im vorigen Monat mit 28 beschäftigten Arbeitern in der Zusammenstellung enthalten war, ist eingegangen. Ueber das Ergebnis der Erhebung unterrichtet die folgende Tabelle:

Berufsbranche	Beschäftigte im Februar	Beschäftigte im Vorjahr	Beschäftigung		Beschäftigung		Beschäftigung						
			gut	schlecht	gut	schlecht	gut	schlecht					
Möbel	41	4238	3505	220	147	18	1848	18	1629	8	517	2	145
Bau und Möbel	10	852	656	25	27	1	188	7	545	2	123	—	—
Beize Möbel	3	213	166	1	111	—	—	2	205	—	—	1	10
Luxusmöbel	3	386	301	25	20	1	215	1	109	1	62	—	—
Bau	4	312	252	8	12	—	—	2	152	1	145	1	32
Stühle	11	592	544	18	18	3	155	7	383	1	27	—	—
Pianos und Flügel	18	2284	3316	115	101	2	495	8	904	7	837	1	45
Conz. Musikinstr.	4	630	330	11	18	—	—	2	526	2	104	—	—
Bürsten u. Pinsel	13	2994	1202	44	55	2	250	7	2137	2	317	2	230
Reißeisen	4	1426	532	9	21	—	—	—	4	1426	—	—	—
Geräte	8	1983	258	48	8	2	928	3	682	2	272	1	101
Flugzeuge	11	3795	14	358	113	3	691	8	3104	—	—	—	—
Automobile	3	159	9	6	—	—	2	125	1	34	—	—	—
Waggons	9	2325	381	48	74	1	92	8	2236	—	—	—	—
Spezial u. Kinderm.	2	628	208	44	28	—	—	—	2	628	—	—	—
Maschinen	8	564	621	7	19	—	—	1	150	6	374	1	40
Zusammen		152	2338	1200	987	774	305120	751276	354833	9	668		
Im Vormonat		137	2116	1286	1482	691	335566	751194	354702	7	790		

Diese Zahlen sind im wesentlichen eine Bestätigung des Bildes von dem Geschäftsgang, wie es sich nach den Berichten der Unternehmer darstellt.

In der Berichterstattung über ihren Mitgliederstand am 1. März haben sich 5713 Krankenkassen beteiligt, über den Stand am 1. Februar hatten 5495 Kassen berichtet. Die berichtenden Kassen hatten an versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken:

am 1. Februar 3 058 399 männliche, 3 948 349 weibliche, am 1. März 3 962 625 männliche, 3 973 457 weibliche. Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 4,22% oder 0,11 Prozent und die weiblichen um 2,16% oder 0,64 Prozent zugenommen. Insgesamt haben die Beschäftigten um 2,93% oder 0,57 Prozent zugenommen. Zu beachten ist,

dass die beträchtliche Zahl der in Industrie und Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen und damit auch deren Zu- oder Abnahme in diesen Zahlen auch nicht anteilsweise enthalten ist.

Die Zahl der männlichen Arbeiter hat somit seit längerer Zeit zum ersten Male wieder eine Zunahme erfahren. Sie bleibt jedoch beträchtlich hinter der Zunahme der weiblichen Arbeiter zurück. Diese ist so stark, dass erstmalig die Zahl der weiblichen Klassenmitglieder die der männlichen übersteigt.

Die Verichterstattung über die besonderen Klassen der Holzindustrie, wobei gleichfalls nur die versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken gezählt sind, hatte folgendes Ergebnis:

Klassenarten	Zahl der Berichte	Männl. Mitglied.		Weibl. Mitglied.	
		am 1. März	Gegenüber d. Stand am 1. Febr.	am 1. März	Gegenüber d. Stand am 1. Febr.
Orts-Krankenkassen . . .	7	7506	-1,50	3211	+ 0,41
Zunungs-Krankenkassen	22	8457	+0,73	698	+ 8,30
Betriebs-Krankenkassen .	83	8454	+0,90	3431	+ 0,67

In den 7 Ortskrankenkassen der Tischler hat sich die Zahl der männlichen Arbeiter um 118 vermindert, die der weiblichen um 13 vermehrt. Die 22 Zunungskrankenkassen der Tischler verzeichnen eine Zunahme der männlichen Mitglieder um 61, der weiblichen um 54. In den 83 Betriebskrankenkassen aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist eine Steigerung der Zahl der männlichen Mitglieder um 75, der weiblichen um 23 eingetreten. Insgesamt hatten diese beruflich gegliederten Klassen eine Zunahme um 18 männliche und 90 weibliche Mitglieder zu verzeichnen.

Auf Grund ihrer Verichterstattungspllicht haben über ihre Tätigkeit im Februar 1916 Arbeitsnachweise an das „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtet. Unter den Berichten waren 206 Beschäftigten von Arbeitsnachweiser, die keine Tätigkeit entfalteten hatten. Unter Einrechnung der Reste aus dem Vormonat ergeben sich für die Arbeitssuchenden, die offenen und die besetzten Stellen bei allen Nachweiser zusammen die folgenden Zahlen, wobei zugleich die entsprechenden Zahlen für den Vormonat und den Vergleichsmonat des Vorjahres angegeben werden.

Monat	Arbeitssuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
	in Tausend						
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Febr. 1916	199	165	239	99	130	68	86,167
Jan. 1917	160	180	262	156	118	98	61,115
Febr. 1917	150	174	240	155	107	68	62,112

Auf dem Arbeitsmarkt für beide Geschlechter ist sowohl Angebot als Nachfrage zurückgegangen. Verglichen mit dem Januar, ist bei den männlichen Arbeitern das Angebot Arbeitssuchender auf je 100 offene Stellen von 61 auf 62 gestiegen, bei den weiblichen Arbeitern hat es sich von 115 auf 112 vermindert. Die Zahl der besetzten Stellen ist erheblich kleiner geworden.

In der folgenden Tabelle geben wir eine gleichartige Übersicht über den Stand des Arbeitsmarktes in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Monat	Arbeitssuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
	in Tausend						
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Febr. 1916	8202	296	8392	133	4756	99	98,223
Jan. 1917	4548	522	7420	522	3258	472	61,100
Febr. 1917	4279	418	7129	515	3109	367	60,81

Der Arbeitsnachweis im Holzgewerbe zeigt eine ähnliche Entwicklung wie der allgemeine Arbeitsnachweis. Verminderung des Angebotes sowohl als auch der Nachfrage. Die Entwicklung war jedoch im Holzgewerbe infolgedessen günstiger, als das Angebot von Arbeitskräften auf je 100 offene Stellen von 61 auf 60 bei den männlichen, bei den weiblichen Arbeitern sogar von 110 auf 81 zurückging.

Für die Verichterstattung über die Arbeitslosigkeit konnten die Monatsberichte von 56 Gewerkschaften verwendet werden. Von den 59933 Mitgliedern, die diese Verbände zählten, wurden 51354 von der Statistik erfasst. Am Sonntag, dem 24. Februar, wurden 12797 Arbeitslose ermittelt, darunter 53 auf der Höhe. Demnach waren 1,6 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Im Januar waren 1,7 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Es ist also eine geringe Besserung eingetreten. Gegenüber dem Gebraue des vorigen Jahres, wo 2,8 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren, fällt die eingetretene Besserung außer ins Gewicht. Die gegenüber dem Monat Januar eingetretene Besserung kommt ausschließlich auf Rechnung der männlichen Mitglieder. Bei diesen ist die Arbeitslosigkeit von 6,9 Prozent auf 6,8 Prozent zurückgegangen. Bei den weiblichen Mitgliedern betrug die Arbeitslosigkeit unverändert 4,7 Prozent. Im Februar 1916 waren 1,5 Prozent der männlichen und 2,8 Prozent der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

In den zur Geburtszeit der Holz- und Schnitzstoffe gehörigen Verbänden betrug die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 1,4 Prozent gegen 2,1 Prozent Ende Februar 1916. Man könnte nun die Arbeitslosigkeit unter den hier in Betracht kommenden Verbänden beim Tischler-Verband, wo im Ende Februar dieses Jahres 2,9 Prozent betrug. Der größte Holzarbeiter-Verband hatte 1,4 Prozent und der kleinste Holzarbeiter-Verband hatte 2,9 Prozent. In den 29 Verbänden waren 2,9 Prozent arbeitslos, in den 4 auf der Höhe arbeitslos. Das ist die Besserung der Arbeitslosigkeit, die im Vergleich mit dem Gebraue des vorigen Jahres erzielt wurde. Von den männlichen Holzarbeitern waren 6,7, von den weiblichen

2,8 Prozent arbeitslos. Ende Januar hatte die Arbeitslosigkeit insgesamt 1,1 Prozent betragen und Ende Februar vorigen Jahres 2,2 Prozent. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist also andauernd günstig, und er bessert sich noch fortgesetzt.

Lebensmittelzulagen für Rüstungsarbeiter in Sachsen.

O. G. Das Königreich Sachsen ist ein überwiegend gebirgiges und dichtbevölkertes Industrie- und Landwirtschaftsland. Bei der Beschaffung der Lebensmittel für seine Einwohner ist Sachsen deshalb auf eine erhebliche Einfuhr angewiesen. Bei der Abkapselung vieler Ausfuhrbezirke konnte es daher nicht ausbleiben, daß der Lebensmittelmangel in Sachsen ganz besonders traurig in die Erscheinung trat. Diese Tatsache hat bereits im Kriegswinter 1915/16 die Geldzeugmeisterei in Dresden veranlaßt, den Schwerarbeitern in der Munitionsindustrie Lebensmittelzulagen zu verschaffen, um deren Kräfte zu erhalten und einem Rückgang der Produktion vorzubeugen. Holzarbeiter haben jedoch nur in ganz vereinzelten Fällen eine Lebensmittelzulage erhalten. Da die Tätigkeit der Holzarbeiter gleichfalls eine sehr anstrengende ist, sind vielfache Beschwerden von unseren Kollegen wie auch von vielen Arbeitgebern aus der Holzindustrie erhoben worden, ohne jedoch zu dem erwünschten Erfolg zu führen.

Der Vorstand der Landesfleisch- und -fettstelle, gezeichnet Amtshauptmann Graf Holkenborn, hat nun eine Denkschrift über die Lebensmittelzulagen für die Rüstungsarbeiter verfaßt, welche die Entwicklung dieser Frage schildert, den Umfang, die Menge und die Art der Verteilung behandelt sowie auf die Wirkung der getroffenen Maßnahmen verweist. Ferner sind die wichtigsten Forderungen und Formulare, die bisher von der Lebensmittelstelle zur Versendung gelangten, angefügt. Bei dem allgemeinen Interesse, welches naturgemäß unsere sächsischen Kollegen ihrer Lebensmittelversorgung entgegenbringen, sei im nachfolgenden auf das Wichtigste aus dieser Denkschrift hingewiesen.

Bis zum Herbst 1916 hatte die Geldzeugmeisterei durch freihändigen Ankauf sowie durch militärische und staatliche Zuweisungen Lebensmittel erworben und diese an die Schwerarbeiter der Munitionsindustrie verteilt. Später wurde eine besondere Landesfleischstelle geschaffen, der auch je zwei Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller, wie der Metallindustriellen, sowie drei Vertreter der freien Gewerkschaften und je ein Vertreter der Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften angehören. Diese Kommission hat allwöchentlich am Montag Sitzung und entscheidet über die eingegangenen Gesuche.

Bei der Verteilung der Lebensmittel finden nun folgende Hauptgruppen Berücksichtigung: 1. Bergarbeiter, 2. Bahnarbeiter, 3. Schwerarbeiter gemäß der Patockischen Liste, 4. Munitionsarbeiter und Schwerarbeiter der Rüstungsindustrie, 5. einige für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens besonders nötige Gruppen, darunter die Sägewerksarbeiter. Die Verteilung der Lebensmittel in diesen Gruppen ist keine einheitliche. Die Kohlengruben erhalten eine bestimmte Anzahl Schweine durch die Mastorganisation zugewiesen, dabei wird für je 400 Bergarbeiter wöchentlich ein Schwein geliefert. Die Bahnarbeiter erhalten in der Regel wöchentlich 1/2 Pfund zum Protokoll geeignete Wurst. Bei den übrigen Gruppen wird nach Schwer-, Schwer- und Leichtarbeitern gegliedert. Die Schwer- und Schwerarbeiter erhalten wöchentlich 150 Gramm Fleisch oder Wurst sowie 50 Gramm Margarine oder 150 Gramm Käse. Die Leichtarbeiter erhalten außerdem durch die Kommunalverbände Brotzulage und haben Anteil an der sogenannten Pfandbürgenpönde. Bisher konnte jedoch hieraus erst pro Mann 1/2 Pfund geliefert werden. Die Leichtarbeiter erhalten nur 100 Gramm Fleisch oder Wurst sowie 50 Gramm Margarine oder 150 Gramm Käse wöchentlich. Von allen diesen Zuweisungen müssen ausgeschlossen bleiben die Beamten und das Kontorpersonal, das Aufsichtspersonal, die Meister und Vorarbeiter, soweit sie nicht körperlich mitarbeiten, sowie Schreiber und Poren der Betriebe.

Die Schwerarbeiter und die Leichtarbeiter sind in besonderen Richtlinien bereits und branchenweise angeführt, alle in diesen Richtlinien nicht angeführten Berufsarten gelten als Schwerarbeiter. Auf der Liste der Schwerarbeiter ist keine Berufsart enthalten, die für Holzarbeiter in Betracht kommt, dagegen gelten als Leichtarbeiter in der Holzindustrie alle Handwerker und die Maschinenarbeiter an leichten Bohr-, Fräs-, Kopier- und ähnlichen Maschinen. Leichtarbeiter, welche regelmäßig in Tag- und Nachtschicht wechseln, gelten für die Nachtschicht als Schwerarbeiter. Außer diesen Kollegen und den Sägewerksarbeitern dürften als Schwerarbeiter insoweit nur sehr wenige Holzarbeiter in Frage kommen. Weibliches Personal wird wie das männliche behandelt.

Die Verteilung der Lebensmittel muß unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse erfolgen. Wo Arbeiterausschüsse nicht bestehen, sind besondere Ausschüsse durch die Wahl der Arbeiterschaft zu gründen. Diese Arbeiterkommissionen haben die Pflicht, die Lieferheine einzuzeichnen und die Art der Verteilung zu kontrollieren. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, sich hierüber mit der Arbeiterschaft zu verständigen und den Arbeiterkommissionen keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Diese Arbeiterausschüsse sollen auch im Verein mit den Arbeitgebern darüber entscheiden, ob Betriebskassenspeisungen eingerichtet sind. Das Ministerium des Innern hat sich vorbehalten, durch eine besondere Verteilungskommission alle Angaben der Beteiligten und die Einhaltung der Richtlinien nachzuprüfen. Wesentlich falsche Angaben können unweigerlich zur Anzeige liegen über ungerechte oder vorchriftswidrige Verteilung der Lebensmittel können den Sühntunungsansprüchen nach § 13 des Hilfslieferungsgesetzes unterbreitet werden.

Aus dem sonstigen Inhalt der Denkschrift sei nur noch hervorgehoben, daß an etwa 50000 Personen in Sachsen wöchentlich im Durchschnitt 1/2 Pfund Fleisch, gleich 500 Zentner, zur Verteilung kommen. Das Fleisch ist in 13 Verteilungsbezirken von je einem Großfleischler zu beziehen

und unter Einwendung des genehmigten Anmeldebefehmes auf vier Wochen im voraus anzumelden. Die Wurst wird in einer auf dem Schlachthof in Chemnitz errichteten Wurstfabrik hergestellt. Margarine und Käse ist bei zwei genannten Großfirmen in Dresden und Leipzig zu beziehen. Bei der Verteilung der Brotzulagen bestehen Ungleichheiten, weil die Verteilung durch die Kommunalverbände erfolgt.

Die Anträge wegen Ueberweisung von Lebensmitteln sind an die Agl. Geldzeugmeisterei, Lebensmittelstelle, einzureichen, alle überflüssigen Kommentare sind dabei zu vermeiden, und die Zahl der in Frage kommenden Arbeiter ist nach Rücksprache mit dem Arbeiterausschuß anzugeben und auf der Rückseite des Briefes nach den vorfindenden Arbeitsarten und den jeweiligen Arbeiterzahlen zu gliedern. Es empfiehlt sich, daß die Anträge der Arbeitgeber vom Arbeiterausschuß unterstützt werden. Nach dem Inhalt dieser Denkschrift zu schließen, können mit Ausschluß der Sägewerksarbeiter, die als Schwerarbeiter gelten, nur solche Holzarbeiter die Lebensmittelzulage erhalten, die in der Munitionsindustrie oder in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind, und kommt auch für diese nur die Leichtarbeiterzulage in Frage. Dabei sollen bei neuen Gesuchen die in der Munitionsindustrie beschäftigten Arbeiter bevorzugt werden, wenn die vorhandenen Lebensmittel zur Berücksichtigung neuer Gesuche nicht ausreichen. Die Aussichten für die Holzarbeiter sind also bei der Erlangung einer Lebensmittelzulage keine besonders günstigen, trotzdem raten wir aber unseren mit der Inanspruchnahme von Heeresarbeiten beschäftigten Kollegen, soweit sie die zustehende Lebensmittelzulage noch nicht erhalten, im Verein mit ihren Arbeitgebern ein diesbezügliches Gesuch bei der Landesfleischstelle einzureichen.

Ueber die Wirkungen der getroffenen Maßnahmen sagt die Denkschrift, daß sich diese im allgemeinen bewährt haben. Die Arbeiter in der Munitions- und der Rüstungsindustrie sind einigermaßen bei Kräften und guter Stimmung erhalten worden, und Streikbewegungen sind trotz des schwierigen Winters so gut wie ganz unterblieben. Mißvergnügen sei jedoch bei den nicht berufstätigen Arbeitern entstanden. Alle Arbeiter seien unmöglich zu berücksichtigen, weil es an den nötigen Lebensmitteln dazu fehle, trotzdem wäre es verkehrt, die bisher gewährten Zulagen einzustellen. Die Zahl der neuen Gesuche sei auch im Abnehmen begriffen und dürfte zum Stillstand kommen, nachdem der größte Teil der männlichen nicht zum Heeresdienst eingezogenen Arbeiter die Zulage bewilligt erhalten haben wird, und die Zeit nahe ist, wo fast die gesamte Industrie im Dienste der Heeresbedarfsbeschaffung steht.

Soziales.

Lebensmittelpreise.

In seinen monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise berechnet der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer die wöchentlichen Kosten des Lebensmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie auf 53,67 Mk. Damit ist der bisher höchste Stand erreicht. Calwer weist selbst darauf hin, daß das Ergebnis seiner Berechnung aus mehreren Gründen unzulänglich ist. Ein großer Teil der Nahrungsmittel, die der Berechnung zugrunde liegen, ist nicht mehr zu erhalten, andere werden in weit geringeren Mengen verteilt, als der Ernährungsvorschrift für den Marinefeldaten entspricht, deren dreifache Menge als Grundlage für die vorliegenden Berechnungen genommen wird. Calwer sagt: „Die Zuteilung der rationierten Nahrungsmittel läßt in den Städten, mit Ausnahme von Brot und Fleisch, durchweg zu wünschen übrig. Um so stärker entwickelte sich dafür der heimliche Verkehr in Nahrungsmitteln, der bewirkt, daß die Bevölkerung sich noch immer besser ernähren kann, als es nach den öffentlichen Zuteilungen erscheint.“

Gegen diese Behauptung ist zunächst einzuwenden, daß vielleicht derjenige, der imstande ist, auf heimlichen Wegen Nahrungsmittel zu erlangen, mit den zugeteilten Brot- und Fleischmengen auskommen mag. Wenn solche Quellen nicht zur Verfügung stehen, wird über die zugeteilten Brot- und Fleischportionen anders urteilen als Calwer. Aber auch der anderen Behauptung Calwers muß entgegengetreten werden, als ob die „Bevölkerung“ sich noch immer besser ernähren kann, als es nach den öffentlichen Zuteilungen erscheint. Würde Calwer hier statt von der Bevölkerung schlechtweg von der wohlhabenden Bevölkerung sprechen, dann könnte man ihm allerdings zustimmen.

Daß es nur wohlhabende Kreise sind, die sich heimlicher-weise Nahrungsmittel in ausreichender Menge besorgen können, erhellt deutlich aus der von Calwer an der gleichen Stelle veröffentlichten Preisliste. Nach seiner Angabe wurden im geheimen Verkehr in Berlin gezahlt: für ein Pfund Schweinefleisch 6,50 Mk., ein Pfund Butter 8 Mk., ein Pfund Reis 4,50 Mk., ein Pfund Kaffee 9 Mk., ein Pfund Gänsefett 22 Mk., ein Pfund Bohnen 2 Mk. und darüber, ein Liter Milch 50 Pf. und darüber. Ob es wirklich ein großer Teil der Verbraucher ist, der solche Nahrungsmittel kauft, darf fraglich bezweifelt werden. Es sind eben die wohlhabenden Klassen, deren Budget nicht aus dem Gleichgewicht gebracht wird, wenn auch die Kosten für Lebensmittel mit einem unverhältnismäßig hohen Betrag eingestellt werden müssen. Für die Arbeiter, die doch wohl den größten Teil der Verbraucher stellen, sind die angegebenen Preise unerschwinglich; kann daß sich die verhältnismäßig hoch entlohnenden Rüstungsarbeiter hin und wieder einmal einen so kostbaren Genuß leisten können, was aber dann auf den gesamten Ernährungsstand der Arbeiterschaft nur einen geringen Einfluß ausübt.

Von gewissen Politikern ist die Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel entschieden bekämpft worden, und Richard Calwer hat sich in dem Charakter, die für den freien Handel auf dem Lebensmittelmarkt eintreten, sehr deutlich vernehmen lassen. Die Liebhaberpreise für einige Nahrungsmittel, die er jetzt mittelt, lassen einen Rückschluß auf die Gehaltung der Marktpreise zu, wenn man dem Wucher völlig freien Hand gelassen hätte.

Da das Problem der Ernährungspolitik nicht darin besteht, reichen Hamstern die Speisekammern zu füllen, sondern die Ernährung der breiten Massen sicherzustellen, sind Höchstpreise unentbehrlich. Dieses System hätte nur besser ausgeführt werden sollen, und man hätte mit der Festsetzung von Höchstpreisen nicht, wie das vielfach geschehen ist, warten sollen, bis der freie Handel die Warenpreise zu schwindelnder Höhe emporgetrieben hatte. Der Umstand, daß ein so schwunghafter Schleichhandel existiert, beweist, daß die noch Lebensmittel in größerer Menge im Lande sind. Aufgabe des Kriegsernährungsamtes müßte es sein, diese geheimen Lager aufzuspüren und die Vorräte, die jetzt nur den Reichen zugute kommen, der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Großindustrielle für hohe Lebensmittelpreise.

Als bei der öffentlichen Besprechung des künftigen Wirtschaftsplanes angeregt wurde, die Preise für Kartoffeln und Brotgetreide zu erhöhen, die Viehpreise aber herabzusetzen, da fand dieser Vorschlag, soweit die Preiserhöhung in Frage kam, bei den Vertretern der Landwirtschaft Zustimmung. Mit aller Entschiedenheit wandten sich aber der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Bund der Landwirte und sonstige Interessenvertretungen der Agrarier gegen eine Herabsetzung der Viehpreise. Daß jene Preise für möglichst hohe Lebensmittelpreise eintreten, ist bekannt. Man weiß, daß sie im angeblichen Interesse der Landwirtschaft nach dieser Richtung übertrieben hohe Forderungen stellen, und schätzt diese dementsprechend ein.

Auffällig ist es aber, daß auch Vertreter der Großindustriellen den Sturm auf nach hohen Lebensmittelpreisen mitmachen. So hat der Verein für bergbauliche Interessen in Essen an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, v. Batschi, eine Eingabe gerichtet, in der er die Erhöhung der Kartoffel- und Brotgetreidepreise mit sofortiger Wirkung beklagt, die Herabsetzung der Viehpreise aber im Hinblick auf die Erhaltung ausreichender Viehbestände für bedenklich hält. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat diese Eingabe abschlägig beschieden und in seiner Antwort insbesondere dargelegt, weshalb die verlangte sofortige Erhöhung der Kartoffel- und Brotgetreidepreise nicht durchführbar ist. Inzwischen ist bekanntlich die amtliche Festsetzung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im nächsten Erntejahr erfolgt. Die Preise für Kartoffeln und Brotgetreide sind erhöht, die Viehpreise aber herabgesetzt worden.

Der Umstand, daß eine einflussreiche Organisation der Industriellen für agrarische Forderungen eintritt, verdient Beachtung. Es ist ein weiteres Kennzeichen für die sich immer enger gestaltenden Beziehungen zwischen den Großagrarier und den industriellen Scharmachern. Erst kürzlich hat es einiges Aufsehen erregt, daß auf der diesjährigen Generalversammlung des Bundes der Landwirte neben dessen bekannten Führern auch der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Landrat Dr. Noetger, als Nebener auftrat und sich dort namens der Schwerindustriellen für weitgehende Anreizpläne ins Zeug legte. Letztere Lebensmittel bedingen hohe Löhne für die Industriearbeiter. Die Schwerindustriellen, die die großagrarischen Forderungen so eifrig unterstützen, werden schwerlich große Reizung bekunden, diese Konsequenzen aus ihrem Tun zu ziehen. Um so nachdrücklicher werden die Arbeiter für eine Steigerung der Löhne eintreten, und bei diesen Bestrebungen werden sie die Bemühungen der Industriellen, im Interesse der Agrarier die Lebensmittelpreise zu steigern, als wertvolles Argument verwenden.

Neue Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung.

Die Reichsregierung hat endlich Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung angeordnet, die, wenn sie rechtzeitig ergriffen worden wären, wahrscheinlich die Schwierigkeiten, unter denen wir jetzt leiden, verhütet hätten. Die noch in Händen der Erzeuger befindlichen Vorräte an Getreide und Hülsenfrüchten werden beschlagnahmt. Den Landwirten werden nur die Mengen belassen, die zur Ernährung von Mensch und Vieh auf den Gütern und zur Saat unbedingt notwendig sind. Es werden Ausschüsse gebildet, die unter Mitwirkung von Militärpersonen Nachschau halten. Die beschlagnahmten Vorräte müssen sofort abgeliefert und unter Obhut der Gemeinden aufbewahrt werden. Vorräte, die nicht freiwillig abgeliefert werden, werden den Eigentümern durch die Ausschüsse weggenommen. Vorräte, die verheimlicht oder absichtlich verschwiegen werden, verfallen ohne Entschädigung dem Kommunalverband. Um die schleunigste Vollerfüllung der Städte mit Kartoffeln zu ermöglichen, sind die Viehzuchtstreife ermächtigt, von jedem Kartoffelerzeuger, der eine Anbaufläche über 1/2 Hektar im Jahre 1916 gehabt hat, 4 Doppelzentner Kartoffeln für den Hektar seiner Anbaufläche ohne Rücksicht auf seinen Wirtschaftsbedarf abzufordern.

Das sind Maßnahmen von erfreulicher Rücksichtslosigkeit, die hoffentlich nun auch streng durchgeführt werden. Wäre man in dieser Weise vorgegangen, ehe die großen Mengen Brotgetreide und Kartoffeln veräußert waren, dann wäre der städtischen Bevölkerung viel Hunger und der Regierung große Sorge erspart geblieben.

Erhöhte Gleisrationalen.

Vom 16. April an soll als Ersatz für die verkürzte Brotration an alle nicht durch Hauserschaltung selbst versorgten Personen eine wöchentliche Gleisration von 250 Gramm gegeben werden. Kinder bis 6 Jahren erhalten die Hälfte. Um den Gemeinden zu ermöglichen, diese Zulagen zu einem billigen Preise abzugeben, sollen die Anwartsberechtigten aus Reichs- und Staatsmitteln pro Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung für jede Woche 80 Pf. zur Verfügung erhalten. Von diesem Betrag erhält jede Gemeinde zunächst 70 Pf. Die restlichen 10 Pf. werden so verteilt, daß die Gemeinden mit besonders vielen bedürftigen Einwohnern mehr, die anderen entsprechend weniger erhalten.

Ab schwächung des Sparzwanges.

Das Oberkommando in den Marken hat seinen bekann ten Sparerlaß mit Wirkung vom 2. April erheblich ab geschwächt. Die wichtigste Veränderung bezieht sich auf die wöchentliche Auszahlung. Hiernach dürfen den jugendlichen Arbeitern von ihrem Verdienst wöchentlich dreißig Mark ausgezahlt werden. Ferner sind die jugendlichen berechtigt, nach vollendetem 18. Lebensjahr eine einmalige schriftliche Auskunft über die Höhe ihres Guthabens zu fordern. Zum Heeresdienst einberufene Jugendliche können gegen Vorzeigung ihres Gefestigungsbescheides ohne weiteres einmalig bis zu 50 Mk. von ihrem Guthaben abheben. Zu Abhebungen nach der Einstellung ist die schriftliche Zustimmung des Truppenteils erforderlich und genügend.

Trotz dieser Abmilderung der Bestimmungen sind wir nach wie vor der Meinung, daß es das richtigste wäre, die Sparzwangserlasse ganz aufzuheben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Einschließlich des Lokalbeitrags beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in der Zahlstelle Kempten ab 1. April 1917 für weibliche Mitglieder 30 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 6362 Johs. Uhlmann, Tischl., geb. 15. 12. 71 zu Budow.
 - 687260 Margarete Holzer, Pinselm., geb. 10. 3. 73 zu Weihereschneidbach.
 - 702839 Babette Keel, M.-A., geb. 7. 2. 83 zu Bonnsdorf.
- Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Stolz. Die hiesigen Arbeitgeber haben es auch während des Krieges verstanden, die Löhne der Arbeiter zu drücken. Den besten Beweis hierfür brachte erst kürzlich die Firma Ed. Becker selbst. Nach einer mit 38 Namen versehenen Lohnliste schwankten die Stundenlöhne am 31. Dezember 1916 zwischen 38 bis 57 Pf., einschließlich einiger während des Krieges erfolgten Zulagen. Im Durchschnitt stellten sich der Stundenlohn auf 49 1/2 Pf. Von einer Ausnahme abgesehen, lagen die Lohnverhältnisse in den übrigen Betrieben nicht besser. Trotzdem die Stolper Firmen in der Hauptsache für die Heeresverwaltung arbeiten, war es nicht möglich, den wiederholten Forderungen der Kollegen auf Erhöhung der Löhne resp. Gewährung von Teuerungszulagen Geltung zu verschaffen. Das hängt damit zusammen, daß den Firmen reklamierte Soldaten sowie Kriegsgefangene Holzarbeiter in größerer Zahl zur Verfügung gestellt waren. Wiederholt erklärten Unternehmer als Antwort auf die Vorstellungen der Arbeiter, daß sie noch mehr Gefangene einstellen würden. Ebenso wurde den Reklamierten sehr oft mit dem Schützengraben gedroht. Beschwerden, die in dieser Sache an das Stellvertreter Generalkommando in Danzig gerichtet wurden, blieben unbeantwortet. Am 30. November 1916 richteten wir an die Arbeitgeber die Forderung auf Anerkennung der am 10. November abgeschlossenen Vereinbarungen. Trotz wiederholter Mahnung blieb es bei den bisherigen Zuständen. Erst am 20. Dezember teilten einige Firmen mit, daß sie ab 1. Januar 1917 4 Pf. und am 15. Februar 1917 nochmals 4 Pf. Zulage gewähren wollten. Gegen diese Zusage erklärte sich eine am 12. Januar stattgefundene allgemeine Versammlung der Kollegen und beauftragte die Vertreter der Gewerkschaften, weitere Schritte zur Durchsührung der Forderungen zu unternehmen. Am 23. Januar wandten wir uns an die Kriegsamtsstelle im Bezirk des 17. Infanteriecorps in Danzig. Die Art und Weise, wie man von dieser Stelle aus die Sache behandelte, konnte allerdings nicht das Vertrauen der Arbeitererschaft erwecken. Wiederholt versuchte der Leiter der Kriegsamtsstelle bei persönlichen Besuchen in den Stolper Betrieben in Gesprächen mit den einzelnen Arbeitern, diese davon zu überzeugen, daß die Forderungen zu weit gingen. (Dabei ist zu beachten, daß wir als Vorratslohn 55 Pf. gefordert hatten.) In einem Falle erklärte dieser Herr den Arbeitern: „Was brauchen Sie die Organisation, Sie können sich selber vertreten; es sind auch schon 40 bis 50 Prozent bereits ausgeschieden.“

Da wir also auch von dieser Seite nichts erwarten konnten, so wandten wir uns Anfang März an den inzwischen gebildeten Schlichtungsausschuß beim Stolper Bezirkskommando. Nach längeren Bemühungen gelang es uns, die Sache aus den Fingern der Danziger Kriegsamtsstelle herauszubekommen. Nunmehr fanden am 26. März die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Nach einer längeren Auseinandersetzung wurden die Organisationsvertreter als Vertreter sämtlicher Stolper Holzarbeiter anerkannt. Bei den Verhandlungen wandten sich die Arbeitgeber auf das heftigste gegen die Festsetzung eines für ganz Stolz geltenden Mindestlohnes. Ebensowenig wollten sie zulassen, daß die Zulagen auf die Stundenlöhne sinngemäß auf sämtliche gezahlten Tarife und Akkordpreise angewandt werden. Nach mehrstündigen Verhandlungen faßte der Ausschuss folgenden Beschluß:

„Der Schlichtungsausschuß gibt seinen Ertrag einstimmig dahin ab:

Die Arbeitgeber sind gehalten, ihren wertmäßigen Arbeitern vom 1. Januar 1917 an als Mindestlohn stündlich 50 Pf. zu zahlen. Die sich seit dem 1. Januar 1917 bis jetzt ergebenden Differenzen zwischen den hiernach zu zahlenden und den tatsächlich gezahlten Löhnen sind den Arbeitnehmern von den Arbeitgebern nachzutragen. Bezüglich der Teuerungszulagen gilt die Vereinbarung mit dem Reichsamt des Innern vom 10. November 1916.“

Unsere Forderung von 55 Pf. Mindestlohn ist also von dem Ausschuss nicht anerkannt. Hieraus kann aber weniger dem Ausschuss ein Vorwurf gemacht werden, als vielmehr einem Teil der Stolper Kollegen, durch deren Verhalten bei dem Lohnkampf im Jahre 1910/11, wo die Verbandsmitglieder 36 Wochen in der Hauptsache um die Festsetzung eines annehmbaren Mindestlohnes kämpften, es verhindert wurde, daß eine Grundlage für die zukünftigen Lohnverhältnisse geschaffen wurde. Immerhin aber dürfte der Ausgang und Erfolg dieser Bewegung für alle Kollegen eine Mahnung sein, der weiteren Entwicklung der Organisation am Orte die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Noch ist leider ein Teil der Stolper Holzarbeiter nicht zu der Erkenntnis gekommen, daß ihre Interessen nur wirksam vertreten werden können, wenn eine starke Organisation hinter ihnen steht. Sie zu dieser Erkenntnis zu bringen, muß unangefochten das Bestreben jedes organisierten Kollegen sein.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

In Heide i. Holstein haben wir nun auch die vor dem Reichsamt des Innern getroffene Vereinbarung in den Tischlereien zur Anerkennung gebracht; ebenso auch in der Möbelfabrik Nordhastedt b. Heide. Unter Anrechnung von 10 Pf. von den bereits gewährten Zulagen wird eine Teuerungszulage von 16 Pf. pro Stunde gewährt. Die zurzeit gezahlten Stundenlöhne erreichen damit eine Höhe von 76 Pf. Der Vertragslohn ist von 54 auf 55 Pf. erhöht und beträgt mit der Teuerungszulage 71 Pf. Beide Beträge laufen mit dieser Ergänzung bis zum 1. April 1918.

Aus der Holzindustrie.

Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.

Die Zahlstelle Dresden hat einen Bericht für das Jahr 1916 herausgegeben, der auf wenig Raum manches Erfreuliche zu melden weiß. Es ist wohl ein Beweis für den Eifer und die Geschicklichkeit der Verwaltung, daß es gelungen ist, trotz der fortgesetzten Einberufungen den Mitgliederstand auf der alten Höhe zu erhalten. Am Schluß des Jahres 1915 hatte die Zahlstelle 3098 Mitglieder, Ende 1916 waren es 3060. Allerdings ist eine Verschlebung in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft eingetreten. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 2997 auf 2800 zurückgegangen. Dabei allerdings zu beachten ist, daß im Laufe des Jahres 516 Kollegen neu zum Heeresdienst eingezogen wurden. Dieser Verlust konnte also durch Neuaufnahmen wieder wettgemacht werden.

Wertvoll ist die Feststellung, daß es möglich war, die Zahl der weiblichen Mitglieder im Berichtsjahr von 60 auf 215 zu steigern. Allerdings hat auch die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen eine bedeutende Steigerung erfahren. Nach einer im Bericht gegebenen Statistik waren im Jahre 1914 in den verschiedenen Zweigen des Gewerbes 125 weibliche Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1915 waren es 244, im Jahre 1916 aber schon 652. Am stärksten ist das weibliche Element in der Korbmacherei vertreten. Unter den 235 nachgewiesenen Arbeiterinnen bei nur 200 männlichen Arbeitern sind aber die Heimarbeiterinnen nur zum Teil mitgezählt. Weibliche Arbeiter in größerer Zahl sind noch nachgewiesen bei den Tischlern aller Branchen, nämlich 81 neben 790 männlichen; in der Musikinstrumentenbranche sind neben 315 männlichen 64 weibliche, in der Photographischen Branche neben 152 männlichen 61 weibliche Arbeiter nachgewiesen.

Einen großen Raum nehmen in den Berichten der einzelnen Branchen die Ergebnisse der Lohnbewegungen ein. Diese Bewegungen haben auch die Agitation belebt. In der Hinsicht heißt es in dem Bericht über die Agitation: „Dreimal Lohnbewegungen in einem Jahr ergibt ja in der Regel drei Seiten mit gutbesuchten Versammlungen und Stoff zur Gewinnung neuer Mitglieder.“ Erwähnenswert erscheint ein von den Vorkämpfern einstimmig gefasster Beschluß, nicht mehr in Accord zu arbeiten, da das gegenwärtig gelieferte Material ein normales Arbeiten nicht zuläßt. Die Maschinenarbeiter haben eine seit 1905 bestehende Unfallunterstützungskasse, welche einen Beitrag von 35 Pf. im Monat erhebt. Im Berichtsjahr wurden für 3 Unfälle 69 Mk. Unterstützung gezahlt.

In den Bewegungen zur Erlangung von Teuerungszulagen waren alle Beschäftigten beteiligt, etwa 1000 zweimal und 1700 dreimal. Erreicht wurde für 3200 Personen eine Zulage von durchschnittlich 7,40 Mk. pro Woche. An der am 2. Dezember veranstalteten Erhebung, die sich nur auf Alter, Stundenlöhne und Durchschnittsverdienst erstreckte, beteiligten sich 1870 Mitglieder. In den meisten Branchen überwiegen die Altersklassen über 40 Jahre ganz bedeutend. Der durchschnittliche Stundenverdienst ist in Accord und Lohn mit Teuerungszulage war am höchsten bei den Parkettlegern mit 99,4 Pf.; die Drehschler und Stockarbeiter verdienten 88,8 Pf., die Korbmacher 88 Pf., die Putzformtischler 86,4 Pf. und ebensowie die Modell- und Fabrikarbeiter. Im Mühlenbau wurden 86 Pf., im Arsenal 85,1 Pf. verdient. Der Durchschnittsverdienst der Tischler aller Branchen betrug 85,1 Pf., der Stellmacher 82 Pf., in der Photographischen Branche 80,9 Pf. In allen anderen Branchen war der Durchschnittsverdienst niedriger als 80 Pf. Am niedrigsten bei den Berggoldern und Rahmenmachern mit 68 Pf. und den Kamm- und Haarstrumpfarbeitern mit 54 Pf. Von weiblichen Arbeitern ist der Verdienst nur bei wenigen Branchen angegeben. Am höchsten war er in den Sägewerken mit 55 Pf. und in der Photographischen Branche mit 48 Pf. In der Korbmacherei verdienten die Arbeiterinnen durchschnittlich 42,9 Pf., weibliche Maschinenarbeiter und Rahmenmacher verdienten 40 Pf. und in der Tischlerei betrug der Durchschnittsverdienst 36 Pf.

Wer von unseren Schweizer Kollegen Lust hat.

Die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“, deren Redaktion schon wiederholt während des Krieges uns in Deutschland wegen unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu unterstützen bestrebt, kauft in ihrer Nr. 12 vom 24. März einen Beweis tatkräftiger Einstellung, gegen den wir uns im Interesse unserer deutschen Kollegen wenden müssen. Es

handelt sich um ein Arbeitergesuch der Deutschen Werkstätten Hellerau bei Dresden, das die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“ im redaktionellen Teil veröffentlicht mit dem Hinzufügen: „Wer von unseren Schweizer Kollegen Lust hat, dort in Arbeit zu treten, möge sich selbst direkt mit der Firma in Verbindung setzen.“

Diese Art war bisher nicht üblich und darf auch nicht in Geltung kommen. Die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“ weiß doch wohl, daß wir in Deutschland Arbeitsnachweise haben, und daß man, selbst wenn es sich um eine so angesehene Firma wie die Deutschen Werkstätten in Hellerau handelt, Kollegen aus dem Ausland in jedem Fall erst an die Organisation verweisen soll, wie es übrigens die Holzarbeiter-Verbände in anderen neutralen Ländern auch in diesem Fall für selbstverständlich gehalten haben.

Gewerkschaftliches.

Ein gelber „Erfolg“.

Die Gelben sind sehr ärgerlich darüber, daß sie in den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Schlichtungs- und Feststellungsausschüssen nichts zu sagen haben. Die Vorschläge zu den Beisitzern in diesen Ausschüssen sind bekanntlich von den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften gemacht worden. Da die Unternehmer keinen Gelben mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt haben, blieben diese ganz ohne Vertretung, denn als Vertreter von Arbeiterinteressen können Gelbe natürlich nicht in Frage kommen.

Es blieb ihnen aber die Hoffnung, bei den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen ihre Stärke zu zeigen und sich eine gebührende Vertretung zu sichern. Bei der praktischen Probe aufs Exempel zeigt es sich aber, wie bedeutungslos die Gelben in Wirklichkeit sind, trotzdem sie den Mund so gewaltig aufreißen und die Unternehmerorgane mit großer Furcht für die Ansprüche ihrer gelben Schlinglinge entsetzen. Bis jetzt sind nur wenige Ergebnisse von Arbeiterausschüßwahlen bekanntgeworden, an denen sich die Gelben beteiligt haben. Aus Bremen wurde berichtet, daß bei den Wahlen auf der Werft der Aktiengesellschaft Weser die freien Gewerkschaften 2778 Stimmen, die Gelben 189 Stimmen erhalten haben. Auf den Atlaswerken erzielten die freien Gewerkschaften 809, die Gelben 82 Stimmen.

Neuerdings haben die Wahlen bei Krupp in Essen stattgefunden, wo sich die Gelben besonderer Förderung erfreuen. Dort haben die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen einen gemeinsamen Wahlvorschlag aufgestellt, für den 42 904 Stimmen abgegeben wurden; die Gelben brachten es auf 4193 Stimmen. Das ist nun gewiß kein Resultat, auf welches die Gelben Ursache hätten, besonders stolz zu sein. Sie bringen aber dieses Kunststück doch fertig. In einer Zuschrift aus Werkvereinskreisen an die Berliner „Post“, einem bekanntem Schärfermacherorgan, wird verücht, nachzuweisen, daß die Werkvereinsmitglieder bei der geheimen Wahl durchweg für die Liste ihres Vereins gestimmt haben. Damit soll der Nachweis erbracht sein, daß die Werkvereine nicht zum größten Teil aus Zwangsmitgliedern bestehen.

Da wir die angegebenen Mitgliederzahlen nicht nachprüfen können, müssen wir es dahingestellt sein lassen, ob die Behauptung zutrifft. Zweifellos geht aber aus dem Abstimmungsresultat hervor, daß es nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeiter ist, der es mit den Gelben hält. Dieses Wahlergebnis bestätigt auch die schon oft gemachte Erfahrung, daß auch die unorganisierten Arbeiter wissen, daß nur die Gewerkschaften ihre Interessen vertreten. Es ist deshalb ein — häufig bewiesener — Irrtum, wenn die Feinde der Arbeiterbewegung die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder mit der Gesamtzahl der Arbeiter in Vergleich stellen, um damit zu beweisen, daß die Gewerkschaften gar nicht berechtigt wären, sich als die Vertreter der Arbeiter aufzuspielen. Die Bedeutung und der Einfluß der Gewerkschaften ist in der Tat weit größer, als sich aus ihren Mitgliederziffern ergibt. Die Arbeiter, die aus egoistischen Motiven den Gewerkschaften fernbleiben, erblicken doch in den Gewerkschaften die berufene Vertretung ihrer Interessen, und die Abstimmung der Unorganisierten bei Krupp hat diese bekannte Tatsache aufs neue bewiesen.

Wenn der Gewährsmann der „Post“ fragt: „Welche Schlussfolgerungen wird nun das Kriegsamt aus den Arbeiterauschüßwahlen ziehen?“, so glauben wir diese Frage dahin beantworten zu können, daß das Kriegsamt aus dem Ergebnis der Wahlen erkennen wird, daß für die Vertretung von Arbeiterinteressen die Gewerkschaften die allein zuständigen Stellen sind.

Der Metallarbeiter-Verband veröffentlicht seine Abrechnung für das Jahr 1916. Der Metallarbeiter-Verband ist auch jetzt noch die weitaus stärkste Gewerkschaft, wenn auch seine Mitgliederzahl, die vor dem Kriege, am Ende des zweiten Quartals 1914, noch 531 991 betrug, bis Ende 1916 auf 247 360 zurückgegangen ist. Am Schluß des Jahres 1915 waren 234 360 Mitglieder gezählt worden; das letzte Jahr hat also trotz der fortgesetzten Einberufungen noch eine Steigerung der Mitgliederzahl gebracht. Der Metallarbeiter-Verband ist aber auch im Vergleich zu den meisten anderen Gewerkschaften in der glücklichen Lage, über ein riesiges Agitationsgebiet zu verfügen, welches während des Krieges kaum erheblich eingeschränkt sein dürfte. Der gewaltige Zustrom zur Metallindustrie dürfte den durch die Einberufungen bewirkten Abgang aufzuheben haben. Näheres ist allerdings hierüber nicht bekannt, da Zahlen über den Beschäftigungsgrad in den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie nicht vorliegen. Die starke Zunahme der Frauenarbeit in den für den Heeresbedarf arbeitenden Zweigen der Metallindustrie findet ihren Ausdruck in der Steigerung der Zahl der weiblichen Mitglieder. Von 25 185 im zweiten Quartal 1914 ist die Zahl der weiblichen Mitglieder, die bis Ende 1915 auf 25 155 zurückgegangen war, im Jahre 1916 auf 40 434 gestiegen. So beachtenswert diese Steigerung ist, so hält sie doch mit der Zunahme der Beschäftigten bei weitem nicht gleichen Schritt. Der Rechnungsabluß des Verbandes über das Jahr 1916 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 8 562 741 Mk. Das Vermögen des Verbandes ist in dieser Summe nicht enthalten. Hierüber wird, noch einer früheren Mitteilung, nicht mehr öffentlich Rechenschaft abgelegt.

Für die Wiederaufnahme der durch den Krieg verlorengegangenen Mitglieder hat der Bund in der Verband-Nichtlinien aufgestellt. Hiernach soll der Wiedereintritt gestattet sein, wenn die Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen oder wenn sie arbeitslos oder krank waren. Die Vergünstigung soll auch solchen Mitgliedern gewährt werden, die in einem anderen Beruf tätig waren und aus einem einseitigen Grund der Organisation fernblieben oder die einen außergewöhnlich niedrigen Lohn erzielten. Alle diese früheren Mitglieder können wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden, wenn sie vorher mindestens 52 Beiträge gezahlt hatten. Beim Wiedereintritt wird ihnen aber eine Strafkonzess von ein bis zwei Jahren für die verschiedenen Unterstützungsarten auferlegt. Für einen solchen Zeitraum müssen erst Beiträge geleistet sein, ehe die Mitglieder in den Genuß ihrer alten Rechte gelangen.

Literarisches.

Heimstätten zum Betrieb von Gartenbau und Kleintierzucht, mit besonderer Berücksichtigung von Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen. Ein Wegweiser zum lohnenden Obst- und Gartenbau, zur Vienen-, Schnecken-, Geflügel-, Kaninchen- und Meerschweinchenzucht sowie zur Haltung und Zucht von Ziegen, Schafen und Schweinen, mit einem Anhang: „Der Seidenbau in Deutschland“. Herausgegeben unter Mitarbeit von Dr. Adler, Dr. Wande, J. Herter, P. Wächter, Dr. Wirthoff, J. Münsterer, Ph. Seidler, Frau Direktor Tschermak, Dekonomierat Dr. Ulrich und Dekonomierat Jollitzer von Friz Pfennigstorf. Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage. 224 S. Mit zwei Gartenplänen und zahlreichen Abbildungen. Preis 2 Mk. Verlag von Friz Pfennigstorf, Verlag für Sport und Naturliebhaberei, Berlin W. 57.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin S.W. 68). Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Zentral-Kranken- und Sterbelaße der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.) Auf mehrfache Anfragen wegen der ferneren Rassenzugehörigkeit solcher Mitglieder, welche entweder sich freiwillig zum vaterländischen Hilfsdienst melden, oder welche auf Grund des Gesetzes zum Hilfsdienst herangezogen werden, teilt der Vorstand hierdurch allen Verwaltungen der Kasse mit, daß dieselben Mitglieder bleiben können, wie sonstige Mitglieder. Auch diejenigen, welche nach dem befristeten Auslande kommen, werden nicht nach der Bestimmung der Sokung im § 15, Ziffer 4, angesehen, sondern gelten als im Inlande wohnhaft. Selbstverständlich müssen die Beiträge wie seither regelmäßig geleistet werden. Im besetzten Gebiete erkrankende Mitglieder haben sich mit Buch und ärztlichem Ausweis an die Hauptkasse umgehend zu wenden, um von hier aus die Unterstützung zu erhalten. Der Vorstand. J. A. G. Lume, Vorsitzender.

Gestorbene Mitglieder.

- Richard Senf, Tischler, 49 Jahre, gest. in Reichenbach i. Vogll.
 - Julius Rogozsky, Korbmacher, gest. in Schönebeck.
 - Heinz Sorhag, Schreiner, 29 Jahre, gest. in Solingen.
 - Herm. Bergens, gest. in Spandau.
 - Sabette Schönlein, Binienmacherin, 49 Jahre, gest. in Nürnberg.
 - Balsburg Stühler, Bleistiftarb., 43 Jahre, gest. in Nürnberg.
 - Johann Reinhardt, Kammmacher, 61 Jahre, gest. in Nürnberg.
 - Karl Kobras, 45 Jahre, gest. in Jahr.
 - Hermann Hagen, Tischler, 55 Jahre, gest. in Kiel.
 - Heinz Sieffen, gest. in Bremerhaven.
 - Gustav Giese, Bergolber, 73 Jahre, gest. in Brandenburg a. S.
 - Jenaz Gut, Modellstichler, 47 Jahre, gest. in Chemnitz.
 - Fried. Rob. Heeger, Tischler, 34 J., gest. in Chemnitz.
 - Rich. Oskar Richter, Tischler, 52 J., gest. in Chemnitz.
 - Paul Theinert, Korbmacher, 45 J., gest. in Chemnitz.
 - Oskar Thierfelder, Modellstichler, 39 Jahre, gest. in Chemnitz.
- Ehre ihrem Andenken.

Sch suche eine tüchtige Kraft, welche in der Lage ist, Holzbearbeitungsmaschinen zu schärfen und instand zu halten, Bandsägefällschneiden und Leute darin anlernen kann. Reiservergütung wird gewährt. Wohnungen sind vorhanden. Auch werden Maschinenarbeiter eingestellt. Offerten mit Lohnansprüchen erbittet

Otto Seifert, Stuhlfabrik, Neuhäusen i. Ergeb.

Gewandter, erfahrener Leistenverzierer (Belzer) oder Verziererin

zu sofortigem Eintritt gesucht. Anton Stümmer, Rempten i. Allgäu.

Stuhlbauer auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit gesucht. Kürth & Sieber, Geringswalde i. Sa.

Tüchtige Korbmacher

für Her ganz aus Weide und für Drillingsgefelle sucht

Theodor Reimann, Dresden-St., Königsstr. 3.

Korbmacher auf Her Munitionskörbe und 15-cm-Langgranaten von Weide sucht Hermann Kühn, Kößgenbroda.

30 bis 50 Korbmacher auf Her und 10-cm-Patronenkörbe stellt ein Ab. Sühnlich jun., Korbwarenfabrik, Langenbütze.

Korbmacher auf Her Munitionskörbe, 15-cm-Granat- und 21-cm-Langgranatenkörbe stellt sofort ein Max Friederich, Kößgenbroda.

20 Korbmacher auf Her Gefäßkörbe von Weiden bei gutem Material gesucht. Reinhold Hoffmann, Weidenhägerlei, Urachstedt (Pozen).

Mehrere Korbmacher auf Gefäßkörbe sucht W. Wacker, Bremen, Heerdentorsteinweg 43.

Korbmacher nur auf Heereslieferungen stellen sofort ein Calm & Hilsfeld, Bernburg (Saale).

Korbmacher auf Munitionskörbe Her aus grüner Weide stellt ein Robert Hörnig, Radebeul b. Dresden.

Korbmacher auf 21-cm-Langgranaten- u. Her Munitionskörbe sucht Bruno Klingner, Radebeul bei Dresden, Brunnenplatz 5.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe gesucht. C. Hochgraf, Korbmachermeister, Zeterow (Mecklenburg-Schwerin).

2 tüchtige Bürstenmacher, in Pechen und Zurechten eingearbeitet, finden Stellung bei Bernhard Müller, Karlstraße b. Mühlburg.

2 Bürstenmacher, 1 Bohrer gesucht. Otto Krause, Bürstenfabrik, Kiel.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Borgmann, Borl. SO., Oppelnerstr. 31.

Aus meinem Leben. Von August Bebel. 7,25 Mk., Gehent 1. 3,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene Lohnbuch für Holzarbeiter. Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf. 50 Stück 4,50 Mk. Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf. 50 Stück 9,- Mk. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.

Baritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Veranstaltet vom Arbeiter-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 24. März, bis Freitag, 30. März 1917.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauarbeiter			Müllarbeiter			Polierer			Drehler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	19	38	42 10	39	33	36	14	33	—	6	80 10	85 188 20	238					
Bremen	1	3	2 5	—	3	—	—	2	—	—	2	—	4 5 10	7				
Breslau	1	—	2 8	—	4	—	—	1	—	—	2 9	1 5 22	1					
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chebra's	4	6	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	6 6	—				
Eilenburg	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	15	3 15					
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Hersfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Köpenick	1	6	2 9 42	—	8 8	—	—	1 7	—	—	3 11	7 22 75	9					
Radebeul	1	7	3 18	—	2	—	—	—	—	—	—	—	4 27					
Zusammen	27 19	43	58 56	39	45 17	36	15 10	33	—	1	6	87 36	113 230 165	270				
Bot. Woche	26 11	48	50 11	52	27 25	37	20 8	32	3 1	7	92 37	127 218 193	303					

12. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.